

Sehr geehrte Patienten,

Datenschutz hat bei uns einen besonderen Stellenwert und wir nehmen ihn sehr ernst. Wir setzen auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen und achten besonders auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten. Mit diesen Hinweisen zum Datenschutz informieren wir Sie gemäß den Vorgaben des Gesetzes über den kirchlichen Datenschutz (KDG) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Marienhospital Bottrop gGmbH sowie über die Ihnen zustehenden Rechte. Daher nehmen Sie bitte nachstehende Informationen zur Kenntnis. Unsere Hinweise zum Datenschutz ergänzen unsere allgemeinen Vertrags- und Geschäftsbedingungen.

1. Wer ist für Ihre personenbezogenen Daten verantwortlich?

Der Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

Matthias Wagner M.A. (Geschäftsführung)

E-Mail: matthias.wagner@mhb-bottrop.de

Telefon: 02041 106 3001, Fax: 02041 106 3009

Für Fragen zum Datenschutz steht Ihnen unsere Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:

Anna Gruber

E-Mail: anna.gruber@mhb-bottrop.de

Telefon: 02041 106 3015, Fax: 02041 106 3019

2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir von Ihnen?

Im Rahmen des von Ihnen mit unserem Krankenhaus abgeschlossenen Vertrages werden Daten über Ihre Person, ihren sozialen Status sowie die für die Behandlung notwendigen medizinischen Daten verarbeitet.

Konkret sind dies u.a.:

- Name des Versicherten,
- Geburtsdatum,
- Anschrift,
- Krankenversicherungsnummer,
- Versichertenstatus,
- Tag, Uhrzeit und Grund der Aufnahme sowie die Einweisungsdiagnose, die Aufnahmediagnose, bei einer Änderung der Aufnahmediagnose die nachfolgenden Diagnosen, die voraussichtliche Dauer der Krankenhausbehandlung sowie, falls diese überschritten wird, auf Verlangen der Krankenkasse die medizinische Begründung, bei Kleinkindern bis zu einem Jahr das Aufnahmegegewicht
- Datum und Art der jeweils im Krankenhaus durchgeführten Operationen und sonstigen Prozeduren,
- Tag, Uhrzeit und Grund der Entlassung oder der Verlegung sowie die für die Krankenhausbehandlung maßgebliche Hauptdiagnose und die Nebendiagnosen,
- Angaben über die im jeweiligen Krankenhaus durchgeführten Rehabilitationsmaßnahmen sowie Aussagen zur Arbeitsfähigkeit und Vorschläge für die Art der weiteren Behandlung mit Angabe geeigneter Einrichtungen.

3. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet?

Im Rahmen Ihrer Behandlung werden Daten über Ihre Person, Ihren sozialen Status sowie die für die Behandlung notwendigen medizinischen Daten erhoben, erfasst, gespeichert, verarbeitet, genutzt, übermittelt usw. Insgesamt spricht man von der „Verarbeitung“ Ihrer Daten. Dieser Begriff der „Verarbeitung“ bildet den Oberbegriff über alle diese Tätigkeiten. Die Verarbeitung von Patientendaten im Krankenhaus ist aus Datenschutzgründen nur möglich, wenn eine gesetzliche Grundlage dies vorschreibt bzw. erlaubt oder Sie als Patient hierzu Ihre Einwilligung erteilt haben.

Für Ihre patientenbezogene Versorgung/Behandlung notwendig sind dabei insbesondere Verarbeitungen Ihrer Daten aus präventiven, diagnostischen, therapeutischen, kurativen und auch nachsorgenden Gründen. Ebenso erfolgen Verarbeitungen – im Sinne einer bestmöglichen Versorgung – im Hinblick auf interdisziplinäre Konferenzen zur Analyse und Erörterung von Diagnostik und Therapie, zur Vor-, Mit-, Weiterversorgung bzgl. Diagnostik, Therapie, Befunden sowie Krankheits-/Vitalstatus. Daneben werden Arztbriefe/Berichte geschrieben und es erfolgen Verarbeitungen aus Qualitätssicherungsgründen, zum Erkennen und Bekämpfen von Krankenhausinfektionen sowie zur seelsorgerischen und sozialen Betreuung und zum Entlassmanagement.

Neben diesen patientenbezogenen Verarbeitungen bedarf es auch einer verwaltungsmäßigen Abwicklung Ihrer Behandlung. Dies bedingt im Wesentlichen die Verarbeitung Ihrer Daten zur Abrechnung Ihrer Behandlung, aus Gründen des Controllings/der Rechnungsprüfung, zur Geltendmachung, Ausübung sowie Verteidigung von Rechtsansprüchen, usw. Ferner erfolgen Datenverarbeitungen zu Zwecken der Ausbildung, der Fort- und Weiterbildung von Ärzten und von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens, zur Forschung oder zu gesetzlich vorgesehenen Meldepflichten (z.B. an die Polizei aufgrund des Melderechts, an staatliche Gesundheitsämter aufgrund des Infektionsschutzgesetzes, an Krebsregister) sowie nicht zuletzt aus Gründen der Betreuung und Wartung von IT-Systemen und Anwendungen, usw.

Es gibt unterschiedliche Gesetze und Verordnungen, die uns eine Verarbeitung Ihrer Daten erlauben. Dazu gehören insbesondere die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), das Gesetz über den kirchlichen Datenschutz (KDG) z.B. § 6 und 11 KDG, aber auch das Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V), z.B. § 301 SGB V oder das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), z.B. §§ 630 ff. BGB.

Die konkreten Rechtsgrundlagen der Verarbeitung Ihrer Daten gemäß KDG sind unter anderem (aber nicht abschließend):

- § 6 Abs. 1 lit. c KDG (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO) - Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten
- § 6 Abs. 1 lit. g KDG ((Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO) - Zur Wahrung berechtigter Interessen
- § 6 Abs. 1 lit. b und 8 KDG (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO) - Aufgrund Ihrer Einwilligung
- § 11 Abs. 2 lit. h KDG (Art. 9 Abs. 2 lit. h DSGVO) - für Zwecke der medizinischen Diagnostik, Versorgung, Behandlung

Unser berechtigtes Interesse an der Verarbeitung Ihrer Daten besteht z.B. in der Videoüberwachung zum Zwecke des Schutzes vor Diebstählen oder in der Offenbarung Ihrer Daten, wenn wir aufgrund von nicht beglichenen Rechnungen gezwungen sind, zur Durchsetzung unserer Ansprüche gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

4. Wie erhalten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Die entsprechenden Daten erheben wir grundsätzlich –sofern möglich– bei Ihnen selbst. Teilweise kann es jedoch auch vorkommen, dass wir von anderen Krankenhäusern, die etwa Ihre Erst- /Vor-Behandlung durchgeführt haben, von niedergelassenen Ärzten, Fachärzten, Medizinischen Versorgungszentren (sog. MVZ), usw. Sie betreffende personenbezogene Daten erhalten. Diese werden in unserem Krankenhaus im Sinne einer einheitlichen Dokumentation mit Ihren übrigen Daten zusammengeführt.

5. An wen werden Ihre personenbezogenen Daten weitergegeben?

Ihre Daten werden innerhalb der Marienhospital Bottrop gGmbH weitergegeben, sofern dies zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist oder die innerbetriebliche Organisation die Weitergabe er-

fordert (z.B. zentrale Finanzbuchhaltung). Innerhalb der Marienhospital Bottrop gGmbH wurden angemessene und den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Vorgaben zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten getroffen sowie alle Mitarbeiter auf die Vertraulichkeit und Verschwiegenheit verpflichtet.

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an Dritte (Stellen außerhalb der Marienhospital Bottrop gGmbH) weitergegeben, es sei denn, Sie haben uns zuvor eine entsprechende Einwilligung erteilt oder es existiert eine gesetzliche Grundlage.

Als derartige Dritte kommen insbesondere in Betracht:

- gesetzliche Krankenkassen sofern Sie gesetzlich versichert sind, • private Krankenversicherungen sofern Sie privat versichert, • Unfallversicherungsträger, • Hausärzte, • weiter-, nach- bzw. mitbehandelnde Ärzte,
- andere Einrichtungen der Gesundheitsversorgung oder Behandlung, • Rehabilitationseinrichtungen, • Pflegeeinrichtungen, • externe Datenverarbeiter (sog. Auftragsverarbeiter) sowie • Seelsorger (in kirchlichen Einrichtungen), usw.

Als mitbehandelnde Ärzte/Mitbehandler gelten u.a. externe Labore oder Pathologen, mit denen das Marienhospital Bottrop im Rahmen Ihrer Behandlung zusammenarbeitet. Bei diesen Mitbehandlern handelt es sich insbesondere (aber nicht abschließend) um Bioscientia (Labor), das MVZ Uni Essen (Pathologie) und das Evangelische Krankenhaus Oberhausen (Coronatests).

Eine gesetzliche Verpflichtung kommt insbesondere bei folgenden Empfängern in Betracht:

- Öffentliche Stellen, Aufsichtsbehörden und -organe, wie z. B. Steuerbehörden, Wirtschaftsprüfungskammer, Steuerberaterkammer, Rechtsanwaltskammer
- Rechtsprechungs-/Strafverfolgungsbehörden, wie z. B. Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte
- Anwälte und Notare, wie z. B. in Insolvenzverfahren
- Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

Darüber hinaus setzen wir verschiedene Dienstleister (Auftragsverarbeiter nach § 29 KDG, Art. 28 DSGVO) ein, die wir vertraglich nach den Vorgaben des KDG verpflichten und deren Einhaltung wir überwachen. Dabei handelt es sich u.a. um Unternehmen aus den Bereichen IT-Dienstleistung, Druckdienstleistung, Telekommunikation, Inkasso, Beratung. Auftragsverarbeiter dürfen personenbezogene Daten nur nach unserer Weisung und zweckgebunden verwenden.

Ausgenommen hiervon ist die Weitergabe an Dienstleistungspartner, wie etwa Paketdienstleister oder Speditionen, soweit die Übermittlung zur Auftragsabwicklung bzw. Lieferung der Dienstleistung erforderlich ist. Wir beschränken uns dabei auf die Übersendung der für die Auftragsabwicklung notwendigen Daten.

6. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

In der Regel werden Ihre Daten nur innerhalb Deutschlands, der EU oder des Europäischen Wirtschaftsraumes verarbeitet. In allen diesen Ländern besteht aufgrund der Datenschutz-Grundverordnung ein hohes einheitliches Datenschutzniveau, wonach Ihre Daten umfangreich geschützt sind. Nur im Einzelfall kann es erforderlich sein, dass wir Ihre personenbezogenen Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (Drittstaaten) übermitteln, dies geschieht zum Beispiel im Rahmen von Studien (nur unter der Voraussetzung Ihrer schriftlichen Einwilligung).

7. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Der Krankenhausträger ist gem. § 630f Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) dazu verpflichtet, eine Dokumentation über Ihre Behandlung zu führen. Dieser Verpflichtung kann der Krankenhausträger in Form einer in Papierform oder elektronisch geführten Patientenakte nachkommen. Diese Patientendokumentation wird auch nach Abschluss Ihrer Behandlung für lange Zeit vom Krankenhaus erwahrt. Auch dazu ist der Krankenhausträger gesetzlich verpflichtet. Mit der Frage, wie lange die Dokumente im Einzelnen im Krankenhaus aufzubewahren sind, beschäftigen sich viele spezielle gesetzliche Regelungen. Dazu gehören die Röntgenverordnung (RöV), die Strahlenschutzverord-

nung (StrlSchV), die Apothekenbetriebsordnung (ApBetrO), das Transfusionsgesetz (TFG), und viele mehr. Diese gesetzlichen Regelungen schreiben unterschiedliche Aufbewahrungsfristen vor. Daneben ist zu beachten, dass Krankenhäuser Patientenakten auch aus Gründen der Beweissicherung bis zu 30 Jahre lang aufbewahren. Dies folgt daraus, dass Schadensersatzansprüche, die Patienten gegenüber dem Krankenhaus geltend machen, gemäß § 199 Abs. 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) spätestens in 30 Jahren verjähren. Ein Haftungsprozess könnte also erst Jahrzehnte nach Beendigung der Behandlung gegen den Krankenhausträger anhängig gemacht werden. Würde das Krankenhaus mit der Schadensersatzforderung eines Patienten wegen eines behaupteten Behandlungsfehlers konfrontiert und wären die entsprechenden Krankenunterlagen inzwischen vernichtet, könnte dies zu erheblichen prozessualen Nachteilen für das Krankenhaus führen. Aus diesem Grunde wird Ihre Patientenakte bis zu 30 Jahre lang aufbewahrt.

8. Sind Sie zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten verpflichtet?

Im Rahmen Ihres Behandlungsvertrages müssen Sie die personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung der Vertragsbeziehung erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, die Vertragsbeziehung mit Ihnen einzugehen und die sich hieraus ergebenden Pflichten zu erfüllen. Sollten sie nicht mit der Verarbeitung dieser erforderlichen Daten einverstanden sein, behalten wir uns vor, die Vertragsbeziehung mit Ihnen einzuschränken oder zu beenden.

9. Welche Rechte haben Sie und an wen können Sie sich wenden?

Ihnen stehen sog. Betroffenenrechte zu, d.h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können.

- **Recht auf Auskunft:** Sie können Auskunft über die zu Ihrer Person von uns gespeicherten Daten verlangen (§ 17 KDG, Art. 15 DSGVO).
- **Recht auf Berichtigung und Löschung:** Sie können von uns die Berichtigung von unrichtigen, sowie die Vervollständigung von unvollständigen, Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen (§ 18 KDG, Art. 16 DSGVO). Darüber hinaus können Sie unter den Voraussetzungen von § 19 KDG (Art. 17 DSGVO) auch die Löschung Ihrer Daten verlangen.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:** Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten, d.h. auf Markierung der gespeicherten personenbezogenen Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken, zustehen (§ 20 KDG, Art. 18 DSGVO).
- **Recht auf Datenübertragbarkeit:** Schließlich kann Ihnen auch ein Recht auf Herausgabe der Sie betreffenden Daten, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen (§ 22 KDG, Art. 20 DSGVO).
- **Recht auf Widerspruch:** Sie können der Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit aus Gründen widersprechen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, sofern die Datenverarbeitung auf unseren berechtigten Interessen oder denen eines Dritten beruht (§ 23 KDG, Art. 21 DSGVO).
- **Recht auf Widerruf Ihrer erteilten Einwilligungen:** Wenn die Verarbeitung Ihrer Daten auf einer Einwilligung beruht, die Sie uns gegenüber erklärt haben, dann steht Ihnen das Recht zu, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Einer Angabe von Gründen bedarf es dafür nicht. Ihr Widerruf gilt allerdings erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Sie diesen aussprechen. Er hat keine Rückwirkung. Die Verarbeitung Ihrer Daten bis zu diesem Zeitpunkt bleibt (§ 8 KDG, Art. 7 DSGVO).
- **Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde:** Sie haben das Recht sich bei der für Sie zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde über unsere Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass diese gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt (§ 48 KDG, Art. 77 DSGVO).

Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Katholisches Datenschutzzentrum –

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Brackeler Hellweg 144, 44309 Dortmund

Telefon: 0231/13 89 85-0, Telefax: 0231/13 89 85-22, E-Mail: info@kdsz.de